

Ultraliberale Korrespondenz Nr. 22 01-05-2015

Heilige Politiker ?

Die anständigen Menschen arbeiten um des Ruhmes und des Geldes willen. Die unanständigen wollen die Welt verändern und die Menschen erlösen.

/ Marcel Reich-Ranicki

Am liebsten hätten wir doch gar keine Politiker. Oder - jeder möchte sein eigener Politiker sein und selbst bestimmen, wo's langgeht. Aber da nie alle der gleichen Meinung sind, muss das dann doch jemand entscheiden - entweder derjenige, der die meisten Maschinenpistolen hat oder der bei Abstimmungen oder Wahlen die meisten Stimmen bekommt. Klar – das kleinere Übel – am besten - wer die meisten Stimmen kriegt. Und da man nicht jedes Mal über alles abstimmen kann, delegiert man ein paar Leute, die das für die andern tun – also die Politiker.

Die erfolgreichste Demokratie der Welt ist die Schweiz. Nicht weil sie alles richtig macht, auch da kommt eine Menge Mist heraus, aber eben etwas weniger Mist als woanders, weil die „Stimmbürger“ eben oft verhindern, dass entschlossene Minderheiten – z.B. Ökofaschisten oder Sozialromantiker - die Politiker - die gern auf Stimmenkauf gehen – vor sich her treiben. Dieses relative Erfolgsmodell könnte man heute auch auf andere Länder übertragen. Wenn eine Volksabstimmung in der Schweiz der verschneiten Bergtäler in der Geschichte grosse Schwierigkeiten machte, so ist das heute - mit guten Verkehrsverbindungen und dem INTERNET - problemlos. Die Piraten hatten schon die Anregung geliefert. Aber dennoch braucht man Politiker, denn man kann nicht jeden zweiten Tag eine Volksabstimmung veranstalten.

Von einem Politiker, den ich wähle, erwarte ich, dass er vor der Wahl sagt, was er nach der Wahl zumindest versucht zu tun und das er das möglichst deutlich sagt ohne die „langue de bois“ . Die Wähler haben mit recht kein Vertrauen in Politiker, die ein überzeugendes Programm präsentieren und dann nur ganz zaghaft versuchen es umzusetzen (Berlusconi), die Steuer- und Umweltpolitik reformieren wollen und dann Aussenminister werden (Westerwelle), die die Laufzeiten von Atomkraftwerken verlängern wollen und dann das Gegenteil tun (Merkel). Man erwartet, dass sie Wort halten und nicht dass sie Heilige sind. Sie sollten in einer Demokratie Bürger sein wie alle anderen, die auch nicht immer alles richtig machen.

Es ist belanglos, ob sie Sexorgien feiern und einer jungen Prostituierten Geld geben, ob sie sich von Bekannten zum Essen oder in der Urlaub einladen lassen, ein Verhältnis zu Monica Lewinski eingehen oder wenn sie einer Sternreporterin sagen, sie sähe im Dirndl toll aus - wenn sie nur das versuchen würden zu tun, was sie versprochen haben. Ganz besonders belanglos ist wohl, wenn sie irgendwann mal bei einer Doktorarbeit abgeschrieben haben. Da wäre das italienische System ohnehin besser, wo jeder, der sein Examen bestanden hat, ohnehin Doktor ist . Das würde auch noch Millionen Euro Steuergeld sparen.

Ganz besonders hat der Heiligkeitsanspruch der Presse Frankreich erwischt. Nur weil Strauss-Kahn Sex mit einem Zimmermädchen hatte – wie auch immer – ist das Land dann mit dem unbeliebtesten und erfolglosesten Präsidenten der letzten 50 Jahre geschlagen worden.

In Deutschland überlegt es sich eine erfolgreiche Frau oder ein erfolgreicher Mann aus der

Wirtschaft dreimal, ob er/sie in die Politik geht wo er viel schlechter bezahlt wird als ein mittlerer Sparkassendirektor, wo er ständig angepöbele wird und wo er auch noch ständig in Lebensgefahr schwebt. Und wenn er dann irgendwann wieder zurück in die Wirtschaft will, dann muss er noch Karenzzeiten einhalten und wird angefeindet. Erstaunlicherweise gilt das nicht für Beamte, die jederzeit wieder in einen Beamtenjob zurückkehren können, obwohl hier sicher der allergrösste Interessenskonflikt besteht, denn schon Montesquieu hat gesagt, dass die Legislative die Exekutive kontrollieren soll und nicht die Daimler-Benz AG oder die Deutsche Post.

Abgeordneten vorzuwerfen, sie hätten einen „Nebenjob“ ist grotesk. Die Tätigkeit als Abgeordneter sollte der Nebenjob sein, denn der Volksvertreter sollte ja auch als Politiker in der Bevölkerung verankert bleiben. Und er/sie sollte -z. B. als Minister - ruhig ein Mehrfaches verdienen als heute, dafür könnte man die Zahl der Angestellten und Verwaltungsbeamten, die ihm/ihr unterstehen, dramatisch verkleinern. Man würde so auch noch eine Menge Steuergeld einsparen.

Zum Glück leben wir in einer Zeit, wo auch eine geschiedene Frau Kanzlerin werden kann, während ein Carlo Schmidt – seinerzeit der beliebteste SPD-Politiker – das angeblich nicht konnte, weil seine Frau in einer Heilanstalt war und er trotzdem nicht allein.

So wäre es auch konsequent endlich den Realitäten ins Auge zu sehen. Viele möchten die Politik, die schliesslich ihre Geschäfte und ihr Leben beeinflusst, nicht nur mit ihrer Stimme, sondern auch mit Geld beeinflussen. Ob nun eine Million Leute je zehn Euro spenden oder eine/r allein zehn Millionen ist doch dasselbe. Einen Politiker für längere Zeit kalt zu stellen, weil er ein Köfferchen mit Geld an seine Partei weitergegeben hat war ebenso unsinnig wie einem verdienstvollen Staatsmann wie Kohl „Verfassungsbruch“ vorzuwerfen, weil er Spendernamen nicht nennen wollte. Hätte er die Namen genannt, hätte die Genannten sicher dementiert und anstatt als Verfassungsbrecher hätte er dann als Lügner da gestanden. Die Schweiz hat mit recht die internationale Vereinbarung über Parteispenden nicht ratifiziert, weil man die Sache dort wohl realistischer sieht.

Total kontraproduktiv ist auch die Praxis, dass Richter vorschreiben, wen und welche Partei die Bürger wählen dürfen. Man verbietet nun einigen Millionen italienischer Bürger Berlusconi oder Bepe Grillo zu wählen und mit dem eventuellen Verbot der deutschen NPD wird man politisch ebenso erfolglos sein, wie seinerzeit mit dem Verbot der KPD, die dann einfach DKP hiess. Wie soll man dann der Weltöffentlichkeit erklären, dass das Parteienverbot im Iran, in Hongkong, in China usw. undemokratisch ist ?

Was wir brauchen, sind keine Idealmenschen oder Heilige, sondern fähige Macher/-innen, die klar sagen was sie wollen und dann das tun, was ihre Wähler von ihnen erwarten und was sie versprochen haben.

Mit freundlichen Grüssen

Peter Paris

Stiftung/Fondazione Liberalissimo & Jeunesse d'Afrique i.G./i.f. Via Monte Grappa, 2 , I - 21010
Castelveccana (Varese/Italy) Tel. (+39)0332 520318; Mobil.: 335 6821302 (No SMS),
Fax: (+39)0332 522 E-mail: liberalissimo@euroschumann.eu